



Fachbereich Handel

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

## P R E S S E I N F O R M A T I O N

Landesbezirk Bayern

# 2. Tarifverhandlung im bayerischen Einzel- und Versandhandel endet ohne Ergebnis

14. Juni 2017

Telefon: 089/59977-1120

Telefax: 089/59977-1129

## Streiks zeigen Wirkung – Bewegung reicht aber noch nicht aus!

München, 14.06.2017. Nachdem sich über 3.000 Beschäftigte an über 400 Streikaktionen im bayerischen Einzel- und Versandhandel beteiligt haben, war die Erwartung an die zweite Tarifverhandlung groß. Die Arbeitgeber unterbreiteten zwar ein neues Angebot, welches aber aus Sicht der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in die völlig falsche Richtung geht. Das neue Angebot lautet: 1,5% mehr Entgelt nach zwei Nullmonaten. In 2018 soll es weitere 1% Entgelterhöhung geben. Ergänzt wurde das Angebot um eine Einmalzahlung in 2018 und 2019 von je 150€. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages soll 24 Monate betragen. Die Forderung nach einer Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge im Einzelhandel lehnten die Arbeitgeber kategorisch ab. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) geht mit einer Forderung von 1 Euro mehr in der Stunde bei Lohn und Gehalt und einer Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro im Monat in die Tarifrunde. Im Kampf gegen prekäre Beschäftigung und den dramatischen Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel, will die Gewerkschaft Beschäftigte durch die Allgemeinverbindlichkeit der existenzsichernden Tarifverträge im Einzelhandel schützen und verbindliche Regeln für alle Konzerne und Unternehmen erreichen.

„3.000 Beschäftigte sind nach dem ersten Angebot der Arbeitgeber trotz Einschüchterungen und Behinderungen in Bayern in den Streik getreten. Sie haben damit Mut und Engagement bewiesen. Dies brachte auch Bewegung in die Tarifverhandlungen, aber Einmalzahlungen sind der völlig falsche Weg im Kampf gegen die drohende Altersarmut“, so Hubert Thiermeyer, ver.di Verhandlungsführer in Bayern.

ver.di setzt auf tabellenwirksame Entgelterhöhungen und eine stärkere Anhebung der unteren Einkommensgruppen, denn diese verbessern nicht nur die Existenzsicherheit der Beschäftigten und ihrer Familien, sondern sind ein wichtiger Schritt zur besseren Absicherung im Alter.

„Und jeder Euro Entgelterhöhung finanziert auch immer unser Sozialsystem, also Kranken-, Arbeitslosen-, Pflege- und Rentenversicherung mit und stützt damit die gesamte gesellschaftliche Entwicklung,“ so Thiermeyer weiter.

Die Gewerkschaft sieht sich nun gezwungen, ihre Arbeitskampfkampaktivitäten fortzusetzen. Dabei sollen primär die Handelskonzerne getroffen werden und nach Möglichkeit nicht die Kunden. Dies ließe sich aber nicht immer vermeiden und deshalb wirbt ver.di schon jetzt um Verständnis für die Aktionen der Verkäuferinnen.

Die Tarifverhandlungen werden am 7. Juli in München fortgesetzt.

Ansprechpartner:

Hubert Thiermeyer, ver.di Verhandlungsführer

0170 / 334 13 45

**Hintergrundinformation:**

Im Einzel- und Versandhandel in Bayern arbeiten ca. 500.000 Beschäftigte, davon fallen ca. 300.000 Beschäftigte unter die Geltung des Tarifvertrags.

Für den Einzelhandel fordert ver.di eine Entgelterhöhung um 1€ in der Stunde und 100 € im Monat für die Auszubildenden, sowie die sogenannte Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tarifverträge, damit sie für alle Beschäftigte im Einzelhandel gelten.

In der ersten Tarifverhandlung am 2. Mai haben die Arbeitgeber ein erstes Angebot vorgelegt. Nach zwei Nullmonaten soll es 1,5% mehr Entgelt geben. In 2018 soll es weitere 1% Entgelterhöhung geben. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages soll 24 Monate betragen. Die Forderung nach einer Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge im Einzelhandel lehnten die Arbeitgeber kategorisch ab.

Im Vorfeld der Tarifrunde führte ver.di eine breite Beschäftigtenbefragung im bayerischen Handel durch, an der sich knapp 4.000 Beschäftigte beteiligt hatten. Dort haben 51% angegeben, ihr Arbeitseinkommen reicht nicht aus und 45% stimmten der Aussage zu, ihr Arbeitseinkommen reiche gerade so zum Leben aus. Ebenfalls antworteten 65% mit einem klaren „Nein“ auf die Frage, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Weitere 31% antworteten auf diese Frage mit einem „eher Nein“.